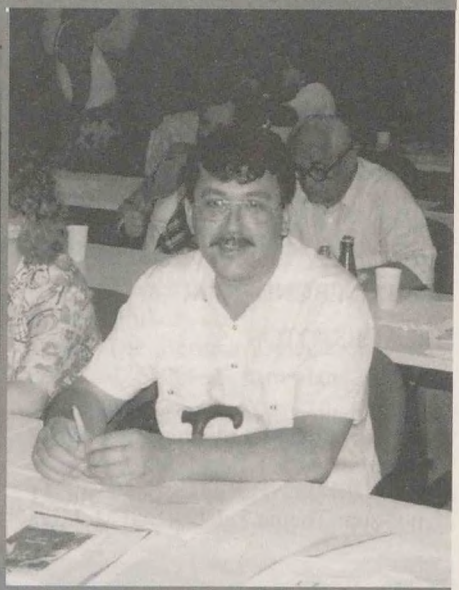
DIE STÜTZE

Journal *von* Behinderten *für* Behinderte und ihre Freunde



15. Juli
3. Jahrgang

14/1992

Preis: 2,00 DM
inklusive Porto

INHALT

VERBANDSTAG
Verband mit neuer Führungsmannschaft — Seite 3
Grundsatzbemerkungen
des Präsidenten des ABiD, Dr. Ilja Seifert,
zum Bericht des Vorstandes an den 3. (außerordentlichen) Verbandstag — Seite 5
Aus der Diskussion
Heiße, aber konstruktive Debatte — Seite 9
Der neue Vorsitzende — Seite 18
Auf ein Wort — Seite 18
Gedanken zum Verbandstag — Seite 19

ABiD KONKRET
Beschlußprotokoll der 1. Vorstandssitzung nach dem Verbandstag — Seite 21

AUS DEM BUNDESTAG — Seite 22

URLAUBSFOTOS — Seite 23

RECHT
Besonderheiten der umgewandelten Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrenten — Seite 24

BEHINDERTENPOLITIK
Neues zum Thema Telebus und Mobilität — Seite 26

INFOS — Seite 27

LESERBRIEFE — Seite 30

Impressum
Verlag: UVA GmbH, PF 106, O-1040 Berlin
Herausgeber: ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. „Für Selbstbestimmung und Würde"), Am Köllnischen Park 6-7, O-1020 Berlin. Telefon/Fax: 23 80 66 73
ABiD-Spendenkonto: Berliner Stadtbank AG, Kto-Nr.: 43816 15 000, BLZ 120 205 00
Redaktion: Marie-L. Hirsch, Anna-K. Jung, Dörthe Kränke, Birgit Malchow
Anschrift: Rodenbergstr. 3, O-1071 Berlin
Bildnachweis: Hirsch, Jung, Malchow, Schulze
Redaktionsschluß: 2. 7. 1992

Satz: PENCIL Text-, Satz- und Korrekturbüro
Druck: Sander & Sander • 1071 Berlin
ISSN: 0863-4157
Erscheinungsweise: vierzehntägig

DIE STÜTZE versteht sich als ein Angebot zum schöpferischen Meinungsstreit. Wir veröffentlichen also auch Artikel, die nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.
Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Verband mit neuer Führungsmannschaft

3. (außerordentlicher) Verbandstag mit schwerem Beginn und spätem Ende

Sonnabend, der 20. Juni, 10.00 Uhr, Berlin, Haus am Köllnischen Park: der dritte außerordentliche Verbandstag des ABiD wird eröffnet. 72 Delegierte mit beschließender Stimme haben im Saal Platz genommen.

10.03 Uhr: Die Berliner Delegation bittet um eine Auszeit und verläßt den Saal.

Hintergrund: Jeder Delegierte findet auf seinem Platz einen „Offenen Brief", der sich mit privaten Angelegenheiten des Berliner Verbandsmitgliedes Andrea Schatz beschäftigt. Der noch amtierender Verbandspräsident Ilja Seifert erklärt, daß sich der geschäftsführende Vorstand außerstande sah, den Delegierten dieses Schreiben vorzuenthalten.

10.25: Die Berliner sind noch nicht wieder da, Pause bis 10. 35 Uhr.

10.40: Die Geschäftsordnung wird ohne die Berliner beschlossen.

10.55: Die Berliner Delegierten kommen mit dem Antrag wieder in den Saal, die Auslage des Offenen Briefes zu mißbilligen. Die Delegierten des Verbandstages stimmen über den Antrag ab. Er erhält keine Mehrheit.

10.58: Die Berliner Delegation verläßt den Saal, bleibt aber im Haus am Köllnischen Park.

11.00: Dr. Ilja Seifert spricht zu Schwerpunkten des Rechenschaftsberichtes.

11.30: Dr. Rainer Kiesche und Klaus Morgenstern übernehmen die Versamm-

Die Entscheidung, daß der Verband in Zukunft einen Vorsitzenden und keinen Präsidenten mehr hat, war äußerst knapp.

lungsleitung, die Diskussion beginnt. Mehrere Diskussionsredner äußern ihre Unzufriedenheit, daß der Verbandstag ohne die Berliner läuft. „Unterhändler" werden zu den Berlinern geschickt, um Möglichkeiten eines Zusammengehens zu sondieren. Die Diskussion läuft weiter.

12.20: Der Verbandstag billigt eine Auszeit, in der der Vorstand mit der Berliner Delegation beraten soll.

14.00: Die Berliner Delegation stellt den Antrag, über eine Erklärung des Verbandstages abzustimmen, in der es heißt, daß Unterlagen persönlich diffamierenden Charakters nicht auf einen Verbandstag gehören. Im Vordergrund hätten Sachfragen zu stehen.

14.05: Der Verbandstag stimmt dieser Erklärung mit einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung zu.

14.05: Die Berliner Delegation betritt den Saal. Die Arbeit des Verbandstages wird fortgesetzt.

21.25: Der Verbandstag ist beendet. Die Erschöpfung ist den Delegierten anzusehen. Viele haben noch eine mehrstündige Heimreise vor sich ...

Der Verbandstag bestätigt mehrheitlich den Bericht des Vorstandes, den Geschäftsbericht der Hauptgeschäftsstelle, den Bericht der Revisionskommission und stimmte der Entlastung des alten Vorstandes zu.

Der Antrag, zukünftig einen Vorsitzenden des ABiD (keinen Präsidenten mehr) und drei Stellvertreter zu wählen, fand die Zustimmung der meisten Delegierten. Zur Wahl des neuen Vorsitzenden wurden 12 Kandidaten vorgeschlagen. Nur zwei von ihnen erklärten sich bereit zu kandidieren: Jürgen Dürrschmidt aus Sachsen und Dr. Detlef Eckert aus Berlin.

Die Ergebnisse der Neuwahl des Vorsitzenden, des Vorstandes und der Finanzkontrolleure wurden bereits in STÜTZE 13/92 veröffentlicht.

Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden mit großer Stimmenmehrheit akzeptiert. Damit sind die Voraussetzungen für den Eintrag der Gemeinnützigkeit des Verbandes geschaffen.

Entsprechend den Arbeitsschwerpunkten - Widerstand gegen Sozialabbau, steuerfinanziertes Pflege-Assistenz-Gesetz, Gleichstellung und Gleichbehandlung Behinderter - beschloß der Verbandstag Orientierungen für die zukünftige Arbeit (siehe STÜTZE 13/92).

Die Delegierten verabschiedeten eine Resolution an die Bundesregierung gegen den Sozialabbau, die sich vor allem gegen die vorgeschlagenen Neuregelungen im Gesundheitswesen richtet, und für soziale Mindestsicherung, eine gerechte Rentengesetzgebung, eine steuerfinanzierte Pflegeabsicherung und eine nicht vom Kapital bestimmte Gesundheitsreform plädiert. Nach Bonn wurde eine weitere Resolution gesandt, die von den Bundestagsabgeordneten fordert, ein einkommens- und vermögensunabhängiges steuerfinanzierbares Pflege-Assistenz-Gesetz zu beschließen.

Der Verbandstag beschloß die Bildung einer unabhängigen Kommission zur Über-

prüfung des Rechtsstreites mit Andrea Schatz als verantwortliche Redakteurin der STÜTZE. Die Kommission soll aus sechs Mitgliedern bestehen, wobei die Landesverbände jeweils ein Mitglied benennen.

Die Delegierten des Verbandstages empfahlen dem Vorstand, häufiger zu tagen und nach einem Jahr eine öffentliche Mitgliederversammlung des ABiD zu veranstalten, um demokratische Strukturen im Verband weiter auszubauen.

Grundsatzbemerkungen

des Präsidenten des ABiD, Dr. Ilja Seifert, zum Bericht des Vorstandes an den 3. (außerordentlichen) Verbandstag

Der Verbandstag ist ein entscheidendes Moment in der und für die Existenz des ABiD.

Aus dem Bericht
Der ABiD-Vorstand hat zum 20. Juni d. J. einen außerordentlichen Verbandstag einberufen. Das höchste Gremium unseres Verbandes tritt damit zum dritten Mal innerhalb von 26 Monaten zusammen. Diesmal treffen wir uns früher als geplant. Es stehen also Entscheidungen an, die von prinzipieller Bedeutung sind. Man kann die gegenwärtige Situation als tiefe Krise begreifen, sie als große Chance sehen oder als normales Entwicklungsstadium. In jedem Falle steht der 3. (außerordentliche) Verbandstag vor der Aufgabe, die konkrete Lage zu analysieren und Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen.

Zu fällen sind wichtige Entscheidungen. So gilt es:

*** Bis zum 30. 6. diesen Jahres endgültig die Satzungsänderungen ein- und durchzubringen. Es geht dabei um so wichtige Dinge wie die Eintragung als Verein und die der Gemeinnützigkeit.**
*** Neuwahlen durchzuführen, um einen handlungsfähigen Vorstand zu finden.**

Aus dem Bericht
Am 20. Juni müssen wir Menschen in unserer Mitte finden, die wir mehrheitlich für geeignet halten, den ABiD nach außen hin zu repräsentieren. Wir müssen ABiD-Mitgliedern unser Vertrauen dafür aussprechen, daß sie unsere Sachfragen so gut wie möglich vertreten.

*** Eine effektive Beitragsrichtlinie zu beschließen; denn die Finanzierung des Verbandes ist ein sehr diffiziles Problem.**

Aus dem Bericht
Der Finanzbericht weist deutlich aus, daß die Einnahmen in einem krassen Negativ-Verhältnis zu unseren Ausgaben stehen. Es ist uns bei weitem noch nicht gelungen, die Möglichkeiten der

Marktwirtschaft für uns so zu erschließen, daß wir eine (relativ) gesicherte Zukunft des ABiD vor uns hätten.
Beitragsanpassung - ungeliebt, doch nötig.
Jeder Gedanke an eine Beitragserhöhung ruft sofort laute Empörung hervor. Und tatsächlich müssen wir damit sehr behutsam, möglichst differenziert und sozial gerecht umgehen. Dennoch dürfen wir die Augen nicht länger vor der Notwendigkeit verschließen, mehr Geld über den Beitrag einzunehmen.
Fazit: Der 3. (außerordentliche) Verbandstag sollte eine Beitragsrichtlinie beschließen, in der die individuelle Beitragshöhe, die Höhe des abzuführenden Betrages und der Zeitraum der Einführung sozial verträglich festgelegt sind.

*** Die Meinungsbildung über den Fortbestand der STÜTZE sowohl hinsichtlich der Frage des OB, und wenn, der Frage des WIE zu formieren.**

Aus dem Bericht
DIE STÜTZE - lieb, teuer, ständiges Thema.
Sowohl der Vorstand als auch der geschäftsführende Vorstand faßten mehrere Beschlüsse, denen die Absicht zugrunde lag, die STÜTZE auf eine sich selbst tragende finanzielle Basis zu stellen. Vorschläge zu dieser Problematik gingen von verschiedener Seite ein (Redaktionsbeirat, HGS, Rechtsberater). Dennoch muß nüchtern konstatiert werden, daß bis heute kein Weg gefunden wurde, DIE STÜTZE ohne beträchtliche finanzielle Belastungen für den ABiD weiterzuführen.
Das höchste Gremium des ABiD muß aber nun eine deutliche Willensäußerung darüber abgeben, ob (und ggf. bis zu welcher finanziellen Belastung) DIE STÜTZE weitergeführt werden soll.
Fazit: Der Verband steht vor der prinzipiellen Frage, ob wir uns die Weiterführung der STÜTZE „leisten" wollen/können. Dabei ist abzuwägen zwischen zwei Extremen: a) Was ist der ABiD ohne DIE STÜTZE als bundesweites Periodikum wert? und b) Soll der ABiD evtl. an der STÜTZE zugrunde gehen? Es ist eine orientierende Entscheidung des Verbandstages erforderlich, die dem neuen Vorstand einen klaren Auftrag erteilt.
Über die inhaltliche Tendenz der STÜTZE gab und gibt es im geschäftsführenden und im Gesamtvorstand geteilte Auffassungen. Sie spiegeln unterschiedliche Ansätze in der Sicht auf behinderten- und verbandspolitische Prioritäten wider.
... Die einen sind der Meinung, daß nur Menschen, die selbst behindert sind, das Recht haben, für Menschen mit Behinderungen zu sprechen (Quoten-Diskussion).
... Auf der anderen Seite wird argumentiert, daß niemand auf der Welt nur aus sich heraus existieren kann. Jeder Mensch ist auf andere angewiesen. Die Angehörigen sind von der Behinderung nicht minder betroffen. ... das kommt einem „Spagat" gleich.
Wir sollten auf Verbandsveranstaltungen und als STÜTZE-Herausgeber sensibel darauf achten, daß bei uns beide Standpunkte ... gleichberechtigt zu Worte kommen.

*** Es gilt auch, eine inhaltliche Positionsbestimmung vorzunehmen, die in end-**

gültigen programmatischen Aussagen gipfelt.

Aus dem Bericht
Im letzten halben Jahr konnten wir zu derartigen Punkten (inhaltliche Fragen, Anm. d. Red.) keine klärende Diskussion mehr führen. Wir waren mit uns selbst beschäftigt. Der Bericht weist das hinreichend aus. Und das darf nicht länger so bleiben! Hier soll nur kurz auf wichtige Versäumnisse hingewiesen werden, die der neue Vorstand möglichst wieder wettmachen sollte:
...Auch die ABiD-Programmdiskussion (am 27. September findet eine verbandsoffene Beratung statt, Anm. d. Red.) kann auf anregende neue Vorschläge verweisen.

Auf unserem 3. (außerordentlichen) Verbandstag müssen wir konstatieren, daß die Beschlüsse des 2. Verbandstages noch nicht realisiert sein können - es ist ja erst die Hälfte der Zeit vergangen. Aber es gelang, Brücken zu anderen Mitgliedern und auch zu neuen Verbänden zu schlagen. Festzustellen ist auch, daß der Vorstand gut nach Arbeitsplan gearbeitet hat. Leider ist seit Februar diesen Jahres kein sachliches Vorankommen wegen der genannten Problemkreise mehr möglich gewesen. Aus meiner Sicht möchte ich nochmals einige 1. positive und 2. negative Dinge zusammenfassen:

zu 1.
Mark Zwuschen (dazu aus dem Bericht):

Das Integrationsdorf ist ein außerordentlich wichtiges Experiment, das von engagierten ABiD-Mitgliedern in hoher Eigenverantwortung geführt wird und deshalb jede moralische und tätige Unterstützung des Gesamtverbandes verdient. Die dort gesammelten Erfahrungen sollten schneller und umfassender publiziert werden.

5. Mai 1992 (dazu aus dem Bericht):

Der ABiD setzt sich für ein derartiges (Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz, d. Red.) in Deutschland ein. Deshalb beteiligten sich auch ABiD-Mitglieder ... am europaweiten Protesttag. Das deutsche (europäische) Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz sollte Verfassungsrang haben... Wir setzen uns dafür ein, das Diskriminierungsverbot auch in Länderverfassungen zu verankern.
(In diesem Zusammenhang sei auf eine mündliche Anfrage im deutschen Bundestag nach Schlußfolgerungen der Regierung aus dem europaweiten Protesttag und die Antwort vom 3. 6. 1992 hingewiesen. Wir müssen uns mit dem Argument auseinandersetzen, daß dann praktisch keine Nachteilsausgleiche mehr möglich wären.)

Öffentliche Anhörung in der Verfassungskommission des Bundestages am 8. Oktober 1992 zum Artikel 3 des Grundgesetzes (dazu aus dem Bericht):

Da an dieser Stelle das Diskriminierungsverbot verankert werden müßte, sollten wir uns überlegen, wie wir an diesem Tage und an diesem Ort ... zu einem ähnlich wirkungsvollen Aktionstag kommen wie es der 5. Mai war.

Teilnahme an Messen, Ausstellungen (dazu aus dem Bericht):

Die Teilnahme an Messen und Ausstellungen erweist sich für uns von hohem Nutzen. Wir können dort unsere Sicht auf die uns ganz besonders bewegenden Dinge einbringen...

ABiD-Mitgliedschaft bei Special Olympics Deutschland, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV) und Very Special Arts International (VSAI) (dazu aus dem Bericht):

...Unsere Mitgliedschaft bei VSAI ist einerseits ein internationaler Erfolg. Andererseits - und das zählt fast noch mehr - kann sie uns beflügeln, selbst künstlerisch tätig zu werden, und wird sie uns ermöglichen, mit Kunstwerken öffentlich zu wirken.

Durchführung von Fachtagungen wie z.B. in Halle (dazu aus dem Bericht):

Weiterbildungsprogramme können zu einem wichtigen Stützpfeiler unserer Verbandsarbeit werden. In ihnen wird der Nutzen des ABiD für die/den einzelne/n handgreiflich. Außerdem können derartige Projekte über Fördermittel finanziert werden. Wir sind dabei, das zu lernen.

zu 2.

- **Es ist uns bis jetzt nicht gelungen, einen Landesverband West zu gründen.**
- **Die Programm-Diskussion verlief viel zu schleppend.**
- **Eine vertane Chance: uns wirksam für DIN-Änderungen im Bauwesen einzubringen.**
- **Wir haben bis heute nicht erreicht, als gemeinnütziger Verband eingetragen zu werden.**

*

Ich möchte mich für die vergangene Arbeit bei allen bedanken. Ich bedauere, daß einige aktive Mitglieder in letzter Zeit aus dem ABiD ausgetreten sind und bewerte das als ein Signal. Wo liegen die Ursachen? Wenn wir uns gegenseitig verschleißen, ist das ein schlechter Arbeitsstil.

Ein besonderer Dank geht auch an Jürgen Demloff und Detlef Eckert - die Autoren des Pflege-Assistenz-Gesetzes. Zum Schluß noch ein Wort zu mir und den Stasivorwürfen:Es wurde von Beginn an leider nicht um eine grundsätzliche Aufarbeitung des Problems gestritten; es ging um Seifert und seine Präsidentschaft im ABiD. Ich hätte jederzeit für Gespräche zur Verfügung gestanden. Daß ich nicht mehr kandidiere, hat seine Ursachen nicht etwa in familiären, gesundheitlichen oder anderen Gründen. Einzig und allein liegt mir daran, daß der Verband sich dieser Sache wegen nicht spaltet! Meine Erfahrungen stelle ich weiterhin zur Verfügung.

Die Berliner Delegation stellt den Antrag, die Auslage des Offenen Briefes zu mißbilligen.

AUS DER DISKUSSION

Heiße, aber konstruktive Debatte

Auszugsweise - zum Teil in Schlaglichtern - geben wir die Schwerpunkte der einzelnen Diskussionsbeiträge wieder

Leider lag bis zum Redaktionsschluß noch kein Wortprotokoll des Verbandstages vor, so daß wir an Hand eigener Aufzeichnungen versucht haben, die Inhalte der Diskussion sinngemäß wiederzugeben.

Klaus Hammerlik (Brandenburg)

Unser Verband muß größer und stärker werden. Es ist nicht wenig, was wir bisher in den Ländern erreicht haben. Das spiegelt sich aber nicht im Bericht des Vorstandes wider. Da ist erst **ab Seite 20 von konkreter Basisarbeit zu lesen.** Und **warum** wird **immer nur Mark Zwuschen** vorgezeigt? Allein im Land Brandenburg laufen vier weitere solcher Projekte.
Sauber und redlich müssen wir unsere **Beziehungen zu anderen Behindertenverbänden** klären. Wir können sie nicht dauernd nur kritisieren. Ich bin so kühn, davon zu träumen, mit einigen näher oder ganz zusammenzugehen!
Was die **STÜTZE** betrifft, so sind die **Selbstkosten viel zu hoch.** Da sind ernsthafte Überlegungen notwendig. Der Beginn der neuen STÜTZE-Macher war nicht schlecht. Die Aktivitäten der ABiD-Basis müssen einen festen Platz in unserer Verbandszeitung haben.
Wir sollten im Verband die **thematische Arbeit ordnen** nach lang-, mittel- und kurzfristigen Fragen. Es kann nicht nur das Pflege-Assistenz-Gesetz auf der Tagesordnung stehen.
Zu den Finanzen: Wir hätten den **Verbandstag in Frankfurt/Oder fast umsonst** haben können. Warum muß er in Berlin sein?
Ich bin für einkommensabhängige Beiträge, aber eine generelle Beitragserhöhung würde ich nicht mittragen. Zuerst ist ein **aggressives, projektorientiertes Finanzkonzept nötig!**
Zur Rolle des **Vorsitzenden:** Ein Vorsitzender des Verbandes kann nicht nur repräsentieren, **er muß arbeiten.** Im übrigen wünsche ich mir, daß wir heute hier Leute wählen, die frei sind von alten Lasten und frei von Machtgier.
Wir brauchen die Kraft des Zusammenhaltes, und wir brauchen den Erfahrungsaustausch. Den können wir kostenlos haben.

Marcus Graubner (Sachsen-Anhalt)

Unser Regionalverband Nord ist trotz einiger Vorbehalte dem ABiD beigetreten. Für uns ist eine nutzbringende **Partnerschaft mit Nichtbehinderten wirksamer** als eine plakative Abgrenzung.
Indem der **alte Vorstand** Rechtsmittel gegen das schwerbehinderte Verbandsmitglied Andrea Schatz anwandte, hat er **sich selbst diskreditiert**. Es hätte dem ABiD im übrigen besser zu Gesicht gestanden, wenn **in der STÜTZE vor allen**

anderen Medien die Erklärung von Ilja Seifert gestanden hätte. Ilja Seifert kündigte seinen Rücktritt zu spät an, doch scheint mir der Schaden mit einer neuen Verbandsspitze reparabel zu sein.
Wir sollten uns nicht darauf konzentrien, Visionen für die Zukunft zu schaffen. **Wir brauchen Lösungen für die Gegenwart.** Endlich sollten wir uns auch von der unheilvollen Allianz mit PDS und Stasi lösen.

Karla Kühn (Thüringen)

Zum Problemkreis STÜTZE:
Sie (die STÜTZE) **muß weitergeführt werden!** Dennoch ist es notwendig, **Überlegungen zur Rentabilität** anzustellen. So ist es überlegenswert, ob man nicht von der 14tägigen Erscheinungsweise abgehen und eine 8wöchige anstreben sollte. Desweiteren müßte in die Überlegungen das Einsetzen eines **ehrenamtlichen Redaktionsbeirates** - zusammengesetzt aus Vertretern aller Landesverbände - einbezogen werden. Die Herausgeberschaft muß auch weiterhin dem ABiD unterliegen.
Für die weitere inhaltliche Gestaltung des Journals hält Frau Kühn eine **Zusammenarbeit mit anderen Behindertenorganisationen und -verbänden** für äußerst bedeutsam. In der STÜTZE sollten diese Gremien Raum zur Darstellung erhalten.
Als wichtigen Punkt schneidet sie an, daß die **Öffentlichkeitsarbeit des ABiD** künftig nicht mehr über die STÜTZE laufen sollte; **der Vorstand muß seine diesbezüglichen Aufgaben - und die seien unbedingt zu verbessern! - abgenabelt vom Journal realisieren.**
Karla Kühn schlägt vor, daß der neue Vorstand zu diesem Schwerpunkt Konzepte erarbeiten und eine baldige Entscheidung darüber herbeiführen sollte.

Dialog zwischen Brandenburg und Sachsen/Anhalt.

Zum Problem **„Toleranz im Verband"** konstatiert Frau Kühn, daß der Verbandstag in seinem Verlauf bisher die logische Fortsetzung des Umgangs miteinander aus den letzten Monaten sei. Mit Beifall wurde quittiert, als sie formulierte, daß **„man von keinem anderen Gleichstellung und Antidiskriminierung verlangen könne, wenn das bereits unter Mitgliedern des ABiD eine (zu) schwere Pflicht sei."**
Eine weitere Anmerkung: „Ich bin dagegen, jedes ABiD-Mitglied und jeden Kandidaten für eine Funktion nach seiner Parteizugehörigkeit zu befragen. **Ich kann keinem vorschreiben, wo sein politischer Standort ist."**

Erika Dittner (Mecklenburg-Vorpommern)

Sie informierte über einige unkorrekte Angaben im Finanzbericht und verwies auf deren schriftliche Richtigstellung.
Aus den Schwerpunkten des Berichtes griff Frau Dittner die Problematik der **Ansprüche an einen Präsidenten** auf. Wie sollte er „beschaffen" sein? Ein Präsident sollte einerseits allen Repräsentationspflichten nachkommen, vor allem aber müßte er andererseits seinen Vorstand „im Griff" haben und die Arbeit dieses Gremiums gut lenken und auf Schwerpunkte einstellen.
E. Dittner sieht es als unumgänglich an, daß künftig **nicht mehr in alleiniger Verantwortung der Hauptgeschäftsstelle und dem Hauptgeschäftsführer Probleme zur inhaltlichen Klärung überlassen werden, sondern daß sie vielmehr dem Vorstand zur Entscheidung angetragen werden.** HGS und HGF haben dann für eine exakte Ausführung zu sorgen.
Zur **Beitragsanpassung** bemerkt Erika Dittner, daß ein Antrag vorliege und der Verbandstag darüber zu befinden habe. Es wäre gut, so meint sie, wenn jedes Verbandsmitglied die STÜTZE (über den Beitrag) erhalten würde.
Was das Problem der **Kostensenkung bei der STÜTZE** anbelange, so führt sie aus, daß ihr die Variante der Gründung eines **gemeinnützigen Zweckbetriebes** als günstig erscheine.

Heike Wiechmann (Brandenburg)

Heike Wiechmann **verwahrte sich gegen** die Bezeichnung **„Beitrittsgebiet"** im Geschäftsbericht und bat um Streichung.
Die STÜTZE liegt ihr am Herzen, doch 10.- DM monatlicher Mitgliedsbeitrag wäre entschieden zu teuer. Man muß gründlicher recherchieren und **überprüfen, wo und wie Finanzen einzusparen sind.** Es existiert z. B. in Gera eine verbandseigene Druckerei. Warum wird diese nicht genutzt?
Die **interne Öffentlichkeitsarbeit** des Verbandes könnte auch **über Einlegeblätter in der STÜTZE** realisiert werden. Weiterhin stellte sie Fragen zum Vertrieb der STÜTZE: Ist sie auch in Bibliotheken und Buchhandlungen erhältlich?
Allgemein zur Wirtschaftlichkeit des ABiD stellte sie fest, daß wir, wenn wir so weiterarbeiten, in zwei Jahren bankrott sind.

Udo Zeller (Brandenburg)

Er forderte entschieden, daß die basisdemokratische Berichterstattung in die STÜTZE gehört, nicht so sehr die unterschiedlichen Strömungen der Behindertenbewegung. Auch ging ihm die bisherige Diskussion um Andrea Schatz und um die

SPLITTER

Bewegung ist alles

Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Nemera Desisa erläuterte gerade die amerikanische Vereinigung für Künstler mit Behinderungen „Very Special Arts International", als sich die Sachsen-Anhaltiner kurz zu einer Besprechung zurückzogen. Versammlungsleiter Klaus Morgenstern unterbrach Nemera Desisa und wollte die entstandene Unruhe im Saal begründen: „Darf ich diese Bewegung erklären?" Das bezog Nemera Desisa auf „Special Arts" und stellte fest: „Das ist eine Behindertenbewegung", womit er ja in diesem und jenem Falle recht hatte.

Sie umschifften so manche Klippe im Fluß des Verbandstages: Versammlungsleiter Klaus Morgenstern und Dr. Rainer Kiesche (rechts).

Innerer Parteitag

Jürgen Dürrschmidt, stellv. ABiD-Vorsitzender und zum Verbandstag Chef der Antragskommission, schlug sich mit seiner Kommission wacker durch die Vielzahl der Anträge und brachte sie in abstimmungsfähige Worte. Am späten Abend unterstrich er höchst unfreiwillig noch einmal, daß der ABiD wirklich ein echter Ossi-Verband ist. Unter lautem Gelächter begann er einen Antrag zu verlesen: „Die Delegierten des 3. außerordentlichen Parteitages fordern ..."

Problematik „ABiD-Präsident - Stasi" zu weit. Letztendlich müssen wir für unsere Mitglieder und ihre aufopferungsvolle Arbeit an der Basis einstehen - diese muß in die Bundesebene getragen werden. Eine wichtige Aufgabe des ABiD-Präsidenten dabei sollte sein, die verschiedenen Strömungen zu einen.
Was die Diskussion „für oder gegen Sondereinrichtungen" anbelangt, sollte die **Wahlfreiheit des einzelnen** entscheidendes Kriterium sein.

Nemera Desisa (Berlin)

Nemera Desisa wies auf den **Verlust** hin, der entsteht, **wenn wir den Berliner Behindertenverband** so einfach gehen lassen. Immerhin ging die ABiD-Gründungsinitiative einmal von Berlin aus. Das sollten die Delegierten nicht vergessen. Wir brauchen den BBV und er braucht auch uns (den ABiD).

Manfred Weisser (Thüringen)

Sein Einstieg in die Diskussion beginnt mit einem Votum für den ABiD: **Wir wollen, daß der ABiD bleibt, und er muß stark sein!**
Zum Eklat mit dem Berliner Verband bemerkt Manfred Weisser, daß die Demokratie verschoben sei, indem der BBV den Saal - trotz einer vorherigen demokratischen Abstimmung über den in die Tagungsakten eingegangenen „offenen Brief" - verläßt und damit den Tagungsverlauf beeinflußt. Das sei eine bedauerliche Entscheidung.
Zur STÜTZE: Manfred Weisser sieht sich als **Verfechter der STÜTZE,** unterstreicht **aber**, daß die Frage nach dem **„wie weiter" mit dem Journal** soweit herangereift ist, daß neue Entscheidungen getroffen werden müssen. Bisher sei die 2malige monatliche Herausgabe eine gute Sache gewesen. Jetzt, da offensichtlich eine finanzielle Schmerzgrenze erreicht sei, sind weitreichendere Überlegungen notwendig. Man könne sogar daran denken, eine eigene Zeitung für den Landesverband zu produzieren, die dann billliger für die Mitglieder würde.
Inhaltlich sollte die STÜTZE stärker auf das Verbandsleben generell gerichtet sein.
Zum Contrapart **„Grüner Sonderdruck"** fordert Manfred Weisser: **„Wer uns so darstellt, der muß unseren Widerstand spüren!"**

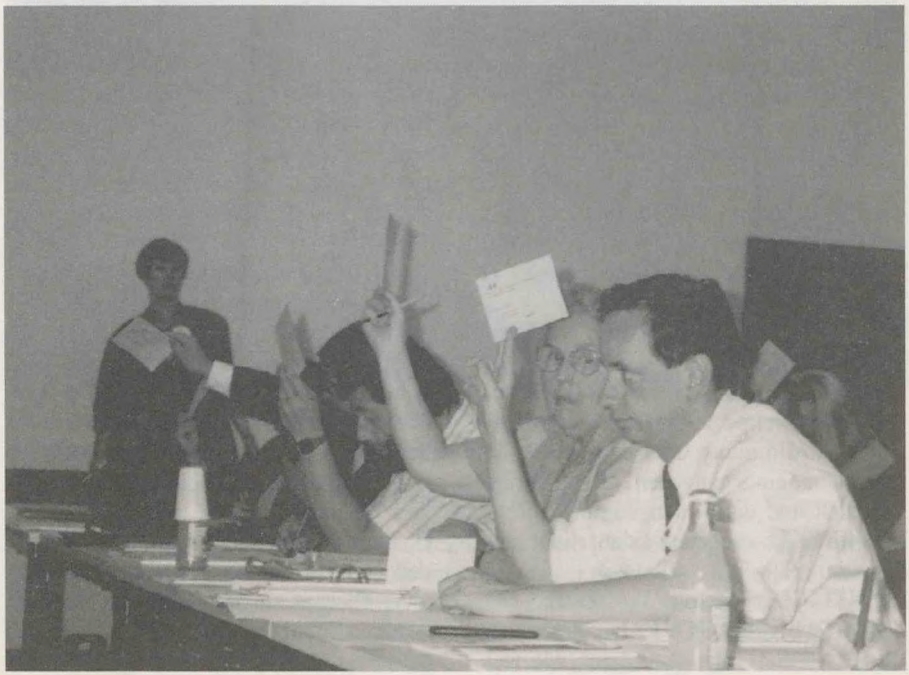
Egon Luth (Mecklenburg-Vorpommern)

Seine Anfrag: Welche Überlegungen gibt es, **die Kosten für den Verband generell zu senken.** Er bittet um die Überprüfung solcher Fragen wie: ist die Hauptgeschäftsstelle zu groß, wieviel Personal wird dort beschäftigt, gibt es zu viele ABM-Kräfte ...?
Zur **Beitragsanpassung** bemerkt E. Luth, daß bei einer Steigerung des Beitrages auf 8,00 DM die Mitglieder seines Verbandes (Teterow) sicher aus dem ABiD austreten würde. Die Ursachen dafür lägen dann aber auf der Hand: auf Grund der sozialen Struktur im Landkreis wäre kein Mitglied in der Lage, diese Erhöhung noch tragen zu können.
E. Luth äußert sein Befremden darüber, daß es in der bisherigen Diskussion nur zwei Themen zu geben scheine: der **Fall Andrea Schatz und die STÜTZE.** Dabei stünden doch weitaus wichtigere Probleme zur Lösung auf der Tagesordnung.

Er betont, daß er nicht wisse, was er zu Hause seinen ABiD-Mitgliedern an Wertvollem aus der Verbandstagsdebatte zu übermitteln habe, und er überlege, ob er sich je wieder zu einem solchen Forum delegieren lassen werde.
Um die leidige Angelegenheit A. Schatz zu beenden, schlägt E. Luth vor, eine **unabhängige Untersuchungskommission** ins Leben zu rufen, die mit je einem Vetreter aus den Landesverbänden zusammengesetzt sein sollte. Sie habe dann darüber zu befinden, ob die Trennung des ABiD von Andrea Schatz rechtens gewesen sei oder nicht.
Dieser Vorschlag wurde vom Verbandstag mehrheitlich angenommen.

Wolfgang Kaiser (Mecklenburg-Vorpommern)

Das **Sparsamkeitsprinzip** muß im Verband auch von oben nach unten durchgesetzt werden. Das muß der neue Vorstand gewährleisten. Es gibt genug ABiD-Mitglieder mit Mindestrente. Wir können die Beiträge nicht maßlos in die Höhe schrauben.
Wir sollten die **Strukturen des Verbandes diskutieren,** auch die Aufgaben und die Stellung des Präsidenten. Den Verband stark machen heißt auch **lernen, vernünftig miteinander umzugehen** und beide Seiten anzuhören.
Ich **vermisse** im Bericht ganz entschieden **Aussagen über die Arbeit der Basis.**



Sachsen-Anhalt bekundet Zustimmung.

Neubrandenburger Sicht auf die vielen Papiere des Verbandstages.

Frank Merkel (Sachsen-Anhalt)

Er favorisierte **einkommensorientierte Mitgliedsbeiträge** und wies auf den großen Spielraum - von 0.50 DM Mindestbeitrag für Senioren bis zu 10.- DM monatlich für Verdiener über 2.000.- DM sowie ein Familienbeitrag von ebenfalls 10.- DM für drei Personen - hin, der in seinem Kreis möglich ist.
Weiterhin äußerte er sich zur **Kinder- und Jugendarbeit des ABiD.** Sie müsse seiner Meinung nach im Mittelpunkt stehen. Darum sollte der **Sport und die kulturelle Arbeit** in den Ortsgruppen unbedingt forciert werden. Ebenso sprach er sich dafür aus, die Paralympics in die Olympischen Spiele zu integrieren.

Alrun Jerichow (Meckl.-Vorpommern)

Eine **Beitragserhöhung allein rettet uns nicht.** Ich würde nur für eine Beitragserhöhung stimmen, wenn diese nötig wäre, um eigene Mittel für größere Projekte nachzuweisen. Ansonsten müssen wir andere Wege finden, zu Geld zu kommen, z.B. öffentliche Mittel oder Sponsoring. Was die **STÜTZE** betrifft, fände ich es gut, wenn sie **jedes ABiD-Mitglied in die Hand** bekommen würde.

Karla Hartmann (Sachsen-Anhalt)

Wir haben bei der Gründung unseres Kreisverbandes Sangerhausen **alle Unterstützung vom ABiSA und vom ABiD** erhalten. Ohne den Verband wären wir nicht da, wo wir heute sind.
Nur ein Gedanke: Warum errichten wir nicht **Berufsförderungswerke?** Die gibt es in den alten Bundesländern recht zahlreich. Ich denke, wir könnten das auch.

Michael Rüther (Mecklenburg-Vorpommern)

Ich möchte noch einmal unterstreichen, wie notwendig es ist, daß wir **regelmäßig Beitrag zahlen**. Natürlich ist eine Beitragserhöhung unangenehm, und natürlich wäre mir auch eine Verdreifachung der Mitgliederzahl lieber ...
Die Kreisverbände haben ein **Recht auf kurze Informationswege.** Diese müssen geschaffen werden. Der **Vorstand darf nicht** weiter **von der Basis abheben**. Die föderalistische Struktur des ABiD ist gut. Wir nutzen diese Potenzen nur, wenn wir ständig den **Erfahrungsaustausch** organisieren.

Stephan Heinik (Berlin)

Anliegen für ihn war die **Kompetenz des Gesamtvorstandes.** In Zukunft dürfe der geschäftsführende Vorstand nicht mehr so viel Macht haben, sondern der Gesamtvorstand müsse die inhaltliche und strategische Verantwortung tragen. Darum schlug er **monatliche Zusammenkünfte** vor, damit eine kontinuierliche Leitungstätigkeit gewährleistet werden kann.
Seine zweite Empfehlung im Auftrage der Berliner: **Den nächsten Verbandstag als Mitgliederversammlung durchzuführen** - offen für Gäste und offen für die Presse.

Daniela Reinhold (Berlin)

Sie setzte sich in ihren Diskussionsbeiträgen für die **Wiedereinsetzung von Andrea Schatz ein .**

Martin Marquard (Berlin)

Er sprach sich ebenfalls für **häufigere Gesamtvorstandssitzungen** aus und unterbreitete den Vorschlag, die **Sitzungen** turnusmäßig ringsherum **in den einzelnen Ländern stattfinden zu lassen** - nur so könne der Berlinzentrismus überwunden werden.

Detlef Eckert (Berlin)

Detlef Eckert schloß sich der Meinung Frank Merkels zur **Kinder- und Jugendarbeit** an. Auch sollten sich IOC und IPC zusammenschließen und als gemeinsamer Veranstalter auftreten. Er machte aber auch auf die organisatorischen Schwierigkeiten und Hindernisse aufmerksam, die Paralympics zeitgleich mit den Olympischen Spielen durchzuführen. Außerdem sprach er sich für die Unterstützung der Neubrandenburger Jugendsparta-kiade aus.

Ralph Loell (Berlin)

Wichtiger Gegenstand für ihn war die Klärung der **Qualität von Trägerschaften,** immer wieder machte er deutlich, daß die Berliner nur Trägerschaften von Einrichtungen ablehnen, die Behinderte bevormunden und diskriminieren. Andere Einrichtungen, die ein selbstbestimmtes Leben der Betroffenen unterstützen, finden ihre volle Akzeptanz. Dieser Hinweis wurde auch als Empfehlung dem neuen Vorstand übergeben.

Jüngster Gast des Verbandstages. Er durfte auch ohne spezielle Scheine im Saal Platz nehmen, was Presse und anderen Leuten streng verwehrt war.

Der neue Vorstand
in voller Größe.

Glückwunsch des
ehemaligen Präsidenten,
Dr. Ilja Seifert,
an den neuen Vorsitzenden,
Dr. Delef Eckert.

Der neue Vorsitzende

Dr. Detlef Eckert (41) ist Historiker und Lehrer für Sport und Geschichte. Gegenwärtig arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gruppe PDS/Linken Liste in der Außenstelle des Bundestages im Berliner Reichstag.
Detlef Eckert leitete von 1989 bis 1990 den damaligen DDR-Versehrtensportverband. Er wirkte im Präsidium des DTSB und des NOK der DDR mit. Der (fast) Zwei-Meter-Mann war und ist aktiver Leistungssportler. 1990 wurde er Vizeweltmeister im Mehrkampf. In diesem Jahr ist er für die Paralympics in Barcelona nominiert.
Detlef Eckert ist verheiratet, hat drei Kinder und vier Enkel.

Auf ein Wort

Liebe Mitglieder des ABiD,
am 20. Juni 1992 wählten die Delegierten des 3. (außerordentlichen) Verbandstages des ABiD einen neuen Vorstand und einen neuen Vorsitzenden. Zugleich nahmen die Delegierten Resolutionen zur weiteren inhaltlichen Arbeit des ABiD im Interesse von Menschen mit Behinderungen, ihren Angehörigen und Freunden an. Die Diskussion auf dem Verbandstag zeigte, daß übermächtig scheinende Aufgaben zur Verbesserung des Lebens behinderter Menschen, ihrer Angehörigen und Freunde vor uns stehen wie Pflegesicherung, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, für Gleichstellung und Antidis-kriminierung.
Um uns in die Lösung dieser Probleme einbringen zu können, müssen wir uns enger zusammenschließen und aktiver für eine echte Gestaltung der Einheit Deutschlands eintreten.
Die Neuwahl der Leitung des ABiD eröffnet die Möglichkeit, den bisherigen Weg kritisch zu überdenken und an einige Fragen auf Grund neu gewonnener Erkenntnisse anders heranzugehen. Dabei ist das Wort und die Tat aller Mitglieder für ein erfolgreiches Wirken des ABiD unverzichtbar. Für unser gemeinsames Tun wünsche ich uns viel Erfolg.

Dr.Detlef Eckert
Vorsitzender des ABiD

Gedanken am Ende eines langen Tages

Achim Krahnert (Sachsen-Anhalt)

Ehrlich gesagt, ich hatte hier schon eine kleine Explosion befürchtet. Mit dem Ausgang des Verbandstages bin ich jetzt ganz zufrieden. Der ABiD bleibt und er hat eine kampffähige Führungsmannschaft. Schade, daß hier Probleme reingebracht wurden, die die Debatte um Sachfragen belastete. Überhaupt halte ich die Arbeit in Kommissionen für effektiver. Zum nächsten Verbandstag wünsche ich mir auch die Unterlagen früher, um bestimmte Probleme noch in den Ländern ordentlich bereden zu können.

Udo Zeller (Potsdam)

Es ist ja heute schon der dritte Verbandstag. Beim ersten Male überwog die Euphorie des Aufbruchs, beim zweiten trafen die verschiedenen Strömungen der Behindertenbewegung aufeinander, und es brachen bereits erste Gräben in den Auffassungen auf. Aber ich ging trotzdem mit einem guten Gefühl raus, denn es wurde ein Konsens gefunden - die Wahlfreiheit der behinderten Menschen, ihre selbstbestimmte Entscheidung, wie sie leben wollen - den alle Beteiligten mittragen konnten.
Ich bin seit über drei Jahren in der Behindertenarbeit an der Basis tätig. Dort in den Kommunen und Ländern sind die Kreis- und Landesverbände geachtete, feste Ansprechpartner. Heute befinden wir uns im Verband in einer tiefen Krise. Und auch die beiden Kandidaten (Dr. D. Eckert und J. Dürrschmidt, d.R.) bringen uns aus dieser in der Vergangenheit zur Belastung gewordenen „PDS-Ecke" nicht heraus. Ganz persönlich wäre es für mich eine schmerzliche Erfahrung, wenn der ABiD an seinem Scheideweg stehen würde, trotz eines Kompromisses, den wir heute vielleicht finden. Aber, wenn wir diesen Tag mit seinen Ergebnissen in unsere Basisgruppen tragen, und er von der Basis be- und gewertet wird, dann wird es sich entscheiden, ob es zu einem Bruch mit dem ABiD kommt oder nicht!
Ich wünsche jedenfalls allen Aktiven an der Basis Kraft und Ausdauer, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Marion Arnold (Sachsen)

Es war ein schwerer Anfang. Unser Verbandstag litt unter dem zeitweiligen Auszug des Berliner Verbandes. Und trotzdem: Wir haben ein Ziel erreicht, wir sind zu Ende gekommen, und das ist gut!
Ich hatte große Bedenken, was die Wahl eines neuen Präsidenten (jetzt haben wir ja einen neuen Vorsitzenden) anbelangt. Für mich stand die Frage, ob wir ihn nach all den Zu- und Umständen, den Stimmungen überhaupt finden würden; und nun bewegt mich die Frage, wie er die zahlreichen

Fragen und Probleme unseres ABiD angehen wird.
In der heutigen Diskussion fand ich verwerflich und anmaßend, daß im Prinzip jedem PDS-Mitglied eine „schlimme" Vergangenheit angelastet wird. Steht die Frage, daß ich mich einmal „untersuchen" lassen soll, gibt es eine Antwort: Nein, ich bin nicht bereit! Es gibt eine Menge Menschen, die zu DDR-Zeiten mit ihrer ehemaligen SED-Mitgliedschaft viele Dinge zum Nutzen vieler bewegt haben! Und heute? Übernimmt man ehrenamtliche Aufgaben und damit viele Pflichten (auch wieder zum Nutzen vieler anderer), hat man sich zu rechtfertigen! Wir werden in unserem Landesverband einen Standpunkt erarbeiten, damit dieses Thema aus der Welt kommt. Wir wollen uns nicht erpressen lassen, jetzt gerade nicht!

Manfred Weisser (Thüringen)

Gedanken an einem solchen Abend? Nicht leicht, das in wenigen Sätzen auszudrükken.
Wir haben das Ziel dieses Verbandstages erreicht! Die Satzung ist auf den Weg gebracht, es gibt gute Empfehlungen für das Programm und vor allem: Wir haben einen neuen, und wie ich meine, handlungsfähigen Vorstand!
Nun muß es weitergehen, wir müssen noch besser vorankommen mit unserem ABiD. Nach wie vor muß er in seiner Dachfunktion die große und anspruchsvolle Aufgabe lösen, alle unter ihm vereinigten Verbände zu führen!
Trotz der heutigen Ergebnisse: Ich bin der Meinung, daß der ABiD noch immer am Scheideweg seiner Existenz steht. Das sollte für uns alle eine Herausforderung sein!
Was ich mir im Sinne einer weiteren effektiven, sachbezogenen Arbeit für den ABiD gewünscht hätte? Einfach mehr Kandidaturen für das Amt unseres neuen Vorsitzenden, um mit höchster Verantwortung gegenüber dem ABiD, mit Akribie den für uns besten Mann an die Spitze des Verbandes zu stellen.
Ganz und gar nicht einverstanden war ich mit dem Verhalten des Berliner Verbandes. Bei solchen Schachzügen, wie sie hier veranstaltet wurden, bleiben doch nur die Sachfragen auf der Strecke. Widersprüche, Kontroversen - ja, die gibt es, sie müssen auch sein. Aber die hier praktizierte Variante ging einfach nach hinten los! Es ist unfair gegenüber allen anderen Mitgliedsverbänden, wenn die Berliner Verbandstagsschwerpunkte nach ihrem Ermessen setzen.

Beschlüsse und Festlegungen der ersten Vorstandssitzung nach dem Verbandstag am 27. 6. 1992

-Die Schirmherrin des ABiD, Frau Bergmann-Pohl wird in einem Brief über Ergebnisse des Verbandstages informiert. Ein Gespräch zwischen ihr und dem neugewählten ABiD-Vorsitzenden wird so bald wie möglich stattfinden.

- An Bundespräsident Richard von Weizsäcker geht ein Brief mit einer kurzen Information über die Ergebnisse des Verbandstages und der Bitte, sich weiter für die Interessen von Behinderten einzusetzen.

- Briefe mit Hinweisen auf die vom Verbandstag angenommenen Resolutionen zum Sozialabbau und zum steuerfinanzierten Pflege-Assistenz-Gesetz werden an die Bundesregierung und an alle Mitglieder des Bundestages versandt.

- Alle erforderlichen Maßnahmen werden eingeleitet, um mit der neuen Satzung den Status der Gemeinnützigkeit des Verbandes zu bestätigen.

- Um das inhaltliche Mitspracherecht der Länder zu verwirklichen, werden von den einzelnen Ländern Grundsatzpapiere zu verschiedenen Themen erarbeitet (z.B. Sachsen-Anhalt zum Thema Arbeit und Behinderung, Berlin zum Thema Trägerschaften, Mecklenburg-Vorpommern zur Mobilitätsforderung usw).

- Arbeitsgruppen werden zu speziellen Problemen gebildet bzw. weitergeführt (Öffentlichkeitsarbeit, Programmatik, Bildungsarbeit)

- Der ABiD beantragt die Aufnahme von Herrn Wolfgang Kaiser in den DIN-Ausschuß der Bundesregierung, um die Interessen der ABiD-Mitglieder in diesem Ausschuß wahrnehmen zu können.

- Eine Kommission, zu der jedes Land einen Vertreter entsendet, überprüft den Rechtsstreit des ABiD mit Andrea Schatz als verantwortlicher STÜTZE-Redakteurin und legt bis spätestens zur Vorstandssitzung am 26.9.92 einen Bericht vor.

- Eine Arbeitsgruppe, die sich aus den Vorstandsmitgliedern Erika Dittner, Michael Rüther, dem Rechtsberater Dr. Glücksmann, dem Anzeigenaquisiteur Dr. Turber und den Redakteurinnen der STÜTZE zusammensetzt, wird gebildet, um Varianten zur Weiterführung der STÜTZE zu erarbeiten, die sowohl die inhaltliche als auch die finanzielle Komponente berücksichtigen. Ende August ist über den Stand der Arbeit der Arbeitsgruppe zu berichten. Ein schriftliches Material liegt bis zum 15.9.92 vor.

- Die nächste Sitzung des Vorstandes findet am 25.7.92 statt und wird sich mit der zukünftigen Struktur und Arbeitsweise des Vorstandes sowie mit der Programmatik des ABiD beschäftigen. Auf der Tagesordnung steht in diesem Zusammenhang auch die Vorbereitung der offenen Veranstaltung zur Programmatik am 27. September dieses Jahres.

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 3. Juni 1992 warf Dr. Ilja Seifert folgende Probleme auf:

1.

Wie und in welchen Zeiträumen will die Bundesregierung die im „Düsseldorfer Appell" formulierte und auf dem europaweiten Protesttag am 5. Mai 1992 in mehr als 60 Städten deutlich bekräftigte Anregung fast aller Behindertenorganisationen, das Diskriminierungsverbot von Menschen mit Behinderungen durch eine Ergänzung des Grundgesetzes Artikel 3 Abs. 3 durch den Zusatz „...daß niemand auf Grund seiner körperlichen, geistigen oder seelischen Eigenschaften bevorzugt oder benachteiligt werden darf", aufgreifen und umsetzen?

2.

Wie und durch welche Gremien will die Bundesregierung diese europaweite Forderung in die Verhandlungen zur Verwirklichung des europäischen Einigungsprozesses einbringen?

Horst Günther, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, antwortete:

Die Bundesregierung setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, daß behinderte Menschen in unserer Gesellschaft als vollwertige, mit gleichen Rechten ausgestattete Bürger angesehen und behandelt werden. Dieser Einsatz war und ist nicht erfolglos; als Beispiel nenne ich das am 1. Januar 1992 in Kraft getretene Betreuungsgesetz. Die genannte Aufgabe ist sicherlich auch nicht beendet, sondern stellt sich in immer wieder neuen - und auch in nicht „aufgearbeiteten" alten - Zusammenhängen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob die in dem „Düsseldorfer Appell" vorgeschlagene Grundgesetzänderung dabei helfen würde und ob das dort Formulierte - daß „niemand wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigung benachteiligt oder bevorzugt werden darf" - wirklich gewollt ist. Beispielsweise könnte der vorgeschlagenen Fassung entnommen werden, daß die nach dem Schwerbehindertengesetz bestehenden Pflichten entfallen müßten, Schwerbehinderte „bevorzugt" einzustellen. Auch Sozialleistungen zur Rehabilitation wären nach dem vorgeschlagenen Text in dieser Form kaum noch möglich. Aus diesen Erwägungen befürwortet die Bundesregierung derzeit nicht, das Grundgesetz in der vorgeschlagenen Weise zu ergänzen.

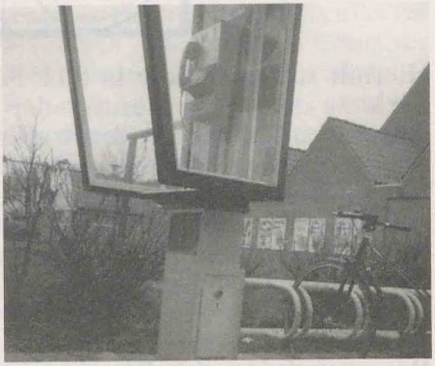
•

Die Frage, ob es sinnvoll ist, das Grundgesetz in der im „Düsseldorfer Appell" vorgeschlagenen Weise zu ändern, muß in der Bundesrepublik Deutschland und allein für sie erörtert und entschieden werden. Entsprechende „europaweite Forderungen" sind der Bundesregierung auch nicht bekannt. Auf europäischer Ebene wird eine Verbesserung der Lebensbedingungen von behinderten Menschen vielmehr in Formen angestrebt, die den in der Bundesrepublik Deutschland erprobten Ansätzen entsprechen. So ist der Zugang behinderter Menschen zu den Hilfen, die sie wegen ihrer Behinderung benötigen, auf der Ebene des Europarates Gegenstand der Empfehlung R (92) zu einer kohärenten Politik für behinderte Menschen, die der Ministerrat am 9. April 1992 angenommen hat. Auch in der 1989 auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer ist ein Verbot von Diskriminierungen nicht enthalten; vielmehr wird dort bestimmt, daß „alle Behinderten ... konkrete ergänzende Maßnahmen, die ihre berufliche und soziale Eingliederung fördern, in Anspruch nehmen können".

Dänische Selbstverständlichkeiten

Geschäft in Ringkjöbing - die Deutschen hätten am Eingang gewiß drei Stufen gebaut...

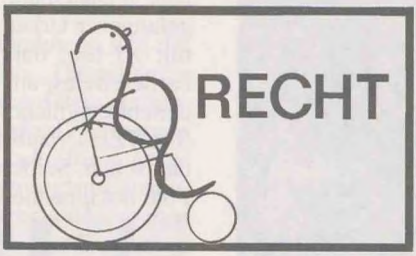
Unser Leser Ivo Klauck verbrachte mit Frau Sabine und Hund Ari ein paar Urlaubstage in Dänemark. Daß es ein rundherum gelungener Urlaub wurde, hatte auch damit zu tun, daß Dänemark ein (fast) barrierefreies, auf jeden Fall aber behindertenfreundliches Land ist. Ivo folgte dem STÜTZE-Urlaubsfoto-Aufruf und hat die dänischen Selbstverständlichkeiten per Foto dokumentiert.



Alle Telefonzellen weit und breit waren für Behinderte und Nichtbehinderte gleichermaßen nutzbar.

Eine Gaststätte auf dem Weg von Skern nach Ringkjöbing. Mindestens 90% der Gaststätten haben neben Stufen auch Rampen oder Aufzüge.

Besonderheiten der umgewandelten Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrenten



Hiermit setzen wir die in STÜTZE 13/92 begonnene Frage-Antwort-Serie zu den neuen Berufs-oder Erwerbsunfähigkeitsrenten fort. Die Antworten auf die Fragen wurden von den Behindertenbeauftragten aller Ostberliner Bezirke und der Landesbeauftragten für Behindertenfragen, Berlin, gemeinsam mit Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung formuliert. Damit liegt ein offizielles Material vor, das in Gesprächen mit den Rentenversicherungsträgern genutzt werden kann.

Wie unterscheiden sich die umgewandelten Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit in der Rentenhöhe?

Die zum 1. Januar 1992 erfolgte Rentenumwandlung und Rentenumbewertung durfte allein zu keiner Kürzung der am 31. Dezember 1991 bezogenen Invalidenrente führen. Soweit die Rentenumwertung zu einem niedrigeren Zahlbetrag im Vergleich zur vorher bezogenen Invalidenrente führt, wird der Unterschied durch einen Auffüllbetrag ausgeglichen. Da die Berufsunfähigkeitsrente ein Drittel niedriger als die Erwerbsunfähigkeitsrente ist, erhöht sich der Auffüllbetrag entsprechend.
Bei jeder Rentenerhöhung ab 1. Januar 1992 wird jedoch nur der aus der Umwertung sich ergebende Rentenbetrag angepaßt, so daß die Rentenzahlbeträge bei Berufsunfähigkeitsrenten regelmäßig niedriger sind als bei Erwerbsunfähigkeitsrenten.

Wirkt sich ein Wechsel zwischen den Rentenarten nachteilig auf den Rentenanspruch aus?

Bei einem Wechsel zwischen den Rentenarten wird der Auffüllbetrag nach dem Stand 31.12.1991 ermittelt. Damit ist sichergestellt, daß der Zahlbetrag der Rente im Dezember 1991 nicht unterschritten wird. Da sich der anpassungsfähige Rentenbetrag ändert, ändert sich auch der Gesamtzahlbetrag.

Beispiel:

Invalidenrente im Dezember 1991	1000,00 DM
EU-Renten 12/91	900,00 DM
Auffüllbetrag	100,00 DM
EU-Rente 1/92	1004,85 DM
Gesamtzahlbetrag	1104,85 DM

Hinzuverdienstgrenze wird überschritten, ab Mai 1992 Anspruch auf BU-Rente

BU-Rente 12/91	600,00 DM
Auffüllbertrag	400,00 DM
BU-Rente 5/92	669,90 DM
Gesamtzahlbetrag	1069,90 DM

Welche Rente wird an Behinderte ohne Vorversicherungszeiten geleistet?

Behinderte, die nach ehemaligem DDR-Recht ab Vollendung des 18. Lebensjahres auch ohne Mindestversicherungszeit eine Invalidenrente erhalten haben, steht diese im Wege des Besitzstandsschutzes in unveränderter Höhe weiter zu. Das gilt auch für Behinderte, die am 18. Mai 1990 ihren Wohnsitz im Beitrittsgebiet hatten und die in der Zeit vom 1.1.1992 bis 31.12.1996 das 18. Lebensjahr vollenden werden. Diese besitzstandsgeschützte Rente ist aber nicht dynamisch, das heißt, sie nimmt an den Rentenanpassungen nach SGB VI nicht teil.

Wie können Behinderte erreichen, daß ihre besitzstandsgeschützte Rente angepaßt wird?

Versicherte, die bereits vor Erfüllung der allgemeinen Wartezeit erwerbsunfähig waren und seitdem ununterbrochen erwerbsunfähig sind, haben Anspruch auf eine dynamische Erwerbsunfähigkeitsrente, wenn sie die Wartezeit von 20 Jahren mit Beitragszeiten erfüllen. Für die genannten Personen gelten Zeiten des gewöhnlichen Aufenthaltes im Gebiet der neuen Bundesländer nach Vollendung des 16. Lebensjahres und nach Eintritt der Erwerbsunfähigkeit in der Zeit vom 1. Juli 1975 bis zum 31. Dezember 1991 als Pflichtbeitragszeiten. Behinderte, die in einer Behindertenwerkstatt beschäftigt sind, sind pflichtversichert. Sofern eine Pflichtversicherung nicht besteht, können die an der Wartezeit von 20 Jahren fehlenden Beitragszeiten durch freiwillige Beiträge erbracht werden.

Bei der Rentenberechnung werden Pflichtbeitragszeiten bei Erwerbsunfähigkeit mindestens mit 0,75 Entgeltpunkten berücksichtigt. Die Entgeltpunkte für Zeiten der freiwilligen Rentenversicherung bestimmen sich nach der Höhe der Beitragszahlung. Darüber hinaus wird bei der Rentenberechnung die Zeit vom Beginn der Rente bis zur Vollendung des 55. Lebensjahres im vollen Umfang, die Zeit bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres zu einem Drittel als Zurechnungszeit berücksichtigt. Die Bewertung der Zusatzzeit richtet sich nach den gezahlten Beiträgen, so daß die freiwilligen Beiträge auch die Entgeltpunkte für Zurechnungszeiten maßgeblich mitbestimmen.

Dörthe Kränke

Neues zum Thema Telebus und Mobilität?!

In seiner Sitzung am 28. November 1991 hatte das Berliner Abgeordnetenhaus einen Antrag der Fraktion PDS/LL als Beschluß angenommen, in dem bis zum 31. März 1992 die Vorlage eines Berichtes zum Thema Telebus/Teletaxe und Mobilitätsdienste (Hilfs- und Schiebedienste) gefordert wurde.

Dieser Bericht vom 6. April 1992, als Mitteilung zur Kenntnisnahme vorgelegt, enthält nicht unbedingt viel Neues in Sachen Taxi oder gar Konzeptionelles in punkto Hilfs- und Schiebedienste. Was nützen dem Schwerbehinderten 2,1 Millionen DM mehr für diese Hilfs- und Schiebedienste, wo er doch auch zwischen den Fahrten Hilfe braucht, wenn diese Dienste nicht oder nur schwer mit den Fahrdiensten koordiniert werden können?

Neu ist, daß man bei Terminfahrten Telebusse und Teletaxen künftig nicht nur telefonisch, sondern auch schriftlich beim BZA vorbestellen kann.

Als Terminfahrten gelten:

1. Arztfahrten

2. Fahrten zu medizinischen Behandlungseinrichtungen, sofern dafür ein Kostenträger vorhanden ist

3. An- und Abreise zum/vom Bahnhof oder Flughafen

4. Theater- und Konzertbesuche

5. Fahrten zu behindertenpolitischen Veranstaltungen (Einladung erforderlich!)

6. Besuch einer Volkshochschule, soweit es sich nicht um Förderung im Sinne der Berufsbildung handelt

7. Sportveranstaltungen, bei denen der Betroffene selbst aktiver Teilnehmer ist

8. Vorladungen zu Behörden und Gerichten

Künftig soll auch einzelfallbezogen geprüft werden, ob für Arbeitsfahrten nicht der Arbeitgeber, das Arbeitsamt oder die Hauptfürsorgestelle zuständig ist. So werden wir denn demnächst wieder einmal mit einem Fragebogen überrascht. Winkt da vielleicht einer mit dem Rotstift?

Drei echte Neuheiten verkündet hingegen Herrn Staatssekretär Tschoepes letzte Telebus-Information mit Datum vom 26. Mai 1992, deren Kopie vorab in die Hände der Redaktion gelangte:

Ab 1. Juli 1992 ist es möglich, Quittungen in Höhe bis zu 300,00 DM beim BZA abzurechnen. Bravo, Herr Staatssekretär, auf diesem Wege müssen Sie unbedingt weitermachen! Bei der heutigen Verkehrsdichte (...und die Uhr tickt im Stau leise vor sich hin...) kann das Ende der „Fahnenstange" doch nicht schon bei 90,00 DM erreicht sein, oder?

Wenn das monatliche Nettoeinkommen 1.500,00 DM nicht übersteigt, kann man die 300,00 DM als Vorschuß beantragen und muß nichts mehr vorfinanzieren.

Also Vorsicht! Nur nicht zu viel verdienen und aufpassen, daß die Rente nicht zu hoch wird - dann hat man künftig 300,00 DM für etwas anderes „übrig". Wie wäre es mit ein paar Stunden Pflege oder Assistenz, so als kleiner Luxus?

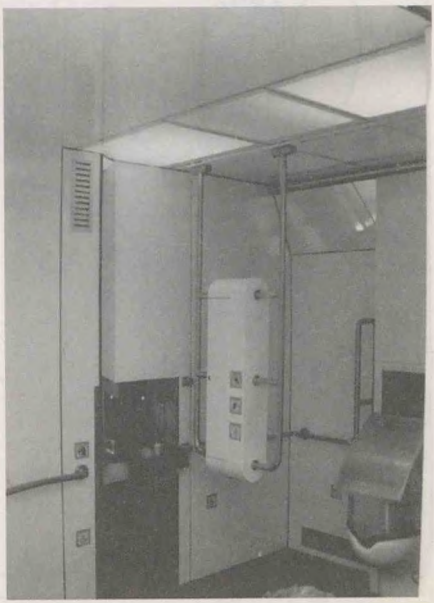
Taxi-Quittungen eines laufenden Kalendermonats müssen bis zum 20. des Folgemonats beim BZA eingegangen sein, damit gewährleistet werden kann, daß 50 Prozent der nicht verbrauchten Mittel übertragen werden.

Wer weiß, wer weiß - vielleicht hat ja irgendein kluger Kopf eine Idee, wie man das Abrechnungsverfahren einfacher und damit billiger machen kann? Das hieße an der richtigen Stelle sparen...

Behindertengerechte CITY-Toilette in Friedrichshain

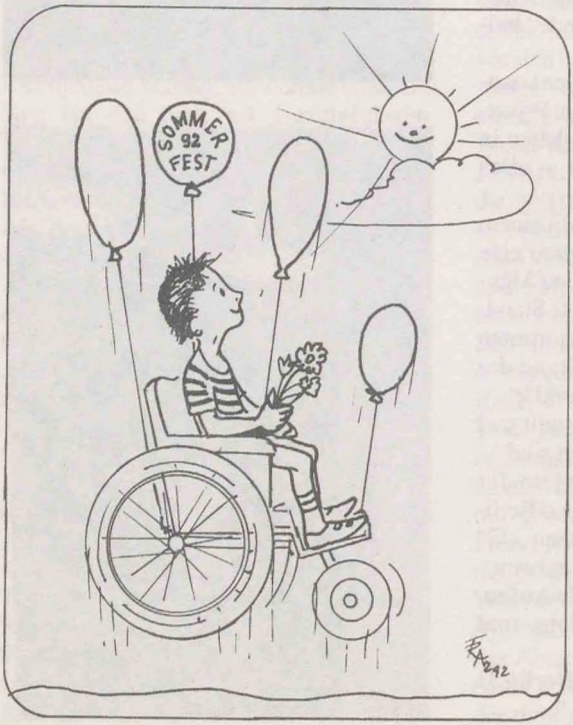
A.-K. Jung

Die Einladung von der „Wall Verkehrsanlagen GmbH" klang sensationell: zur Inbetriebnahme der ersten behindertengerechten CITY-Toilette der Welt mit vollautomatischer Reinigung.
Am 23. Juni, 13.00 Uhr war es dann soweit. Reges Treiben vor dem Eingang zum Friedrichshainer Volkspark: Stadtbezirksbürgermeister H. Mendiburu, Behindertenbeauftragte E. Weber, Geschäftsführer H. Wall, Presse, der SFB filmte für seine Abendschau, Wall-Berater und Techniker. Im Hintergrund hatte man einen Stand fürs leibliche Wohl, mit Bockwürsten und Bier aufgebaut und Orgel-Rieke und Schieber-Maxe sorgten für die „passende" kulturelle Umrahmung.
Noch ehe ich mich genau umschauen konnte, bekam ich schon das fünfseitige Privat-Konzept für die öffentlichen Toiletten in Berlin in die Hand gedrückt - alles profimäßig durchorganisiert.
Nur die Rolli-Fahrer waren rar. Mit einem sprach ich. Er sagte, daß das schon eine tolle Sache ist, machte aber auch auf Mängel aufmerksam wie der ungünstige Standort der Bedienleiste, keine Sensortasten für Blinde und der zu schmale Rand des Toilettenbeckens. Die Berater erklärten, daß die Mängel bereits durchgestellt und neue Entwürfe auf dem Reißbrett sind.
Die Benutzung steht allen Bürgern für 0,50 DM offen. Rollstuhlfahrer und Berliner Behinderte mit dem Merkzeichen „aG" können einen Schlüssel anfordern beim:
Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben - Referat IV G - (Informations- und Beratungsgruppe)
Sächsische Str. 28/30 W - 1000 Berlin 31
Tel.: 867 63 71



Sommerfest für groß und klein

In Altstädt (Sachsen-Anhalt) startet am ersten Augusttag eine Riesenfete unter dem Titel: "Sommerfest für groß und klein - Es darf auch mal in Altstädt sein." Organisator des fröhlichen Treibens ist der Altstädter ABiSA-Ableger „Verband der Körperbehinderten und ihre Freunde e.V.". Der Mittelstand und die Kleinbetriebe des Ortes spendeten bereits Preise oder Geld für die Wettspiele. Weiter sind Modenschauen, Ponyreiten, Schaufrisieren, eine Clownvorstellung und Ballonmodellieren geplant. Der Behindertenverband des Ortes sichert den Transport seiner Mitglieder zu diesem bunten Sommerfest.



Lebenshilfe organisiert Ferienfreuden

Die Lebenshilfe organisiert in diesen Sommerferien für geistig behinderte Schüler aus ganz Berlin eine erlebnisreiche Ferienbetreuung. Insgesamt bietet sie 340 Kindern die Möglichkeit, sich bei Bewegung, Spiel und Spaß gut zu erholen. Von den 340 Plätzen befinden sich 100 in Ferienzentren am Stadtrand Berlins. Die Kinder fahren am Montag früh dorthin und kommen Freitag nachmittag wieder. Auf große Tour gehen 120 Kinder, die in sieben verschiedene Ferienlager fahren. Und weitere 120 bleiben an der Spree, besuchen die örtliche Ferienbetreuung in Schulen, Freizeitzentren und Klubs.

So hat zum Beispiel der Biesdorfer Freizeitklub in der Prignitzstraße Feriengäste von Schulen für geistig behinderte Kinder. Auf dem Programm stehen Ausflüge zum Wannsee mit Dampferfahrt, Theater-, Kino-, Schwimmbad- und Tierparkbesuche, Spiel- und Sportfeste, Erkundungsgänge zur Gartenschau und ins Naturschutzgebiet an der Wuhle. Spannend wird es gewiß, wenn die Kinder eine Nacht im Zeltlager am Flakensee in Erkner verbringen. Dort wird nämlich am Lagerfeuer selbst gekocht. Und auch das Flaken-gespenst soll am See sein Unwesen treiben.

Zimmersuche

Der Blindenverband Hamburg sucht für ein Verbandsmitglied in Berlin ein Zimmer zur Miete .
Kann ein BBV-Mitglied helfen?
Angebote, Ideen oder auch Vorschläge bitte richten an:

Hauptgeschäftsstelle des ABiD
Am Köllnischen Park 6-7
O-1020 Berlin
Telefon: 23 80 66 73

KLUBTREFFEN

Vom **28. 8.bis 30. 8. 1992**
findet in Plothen bei Schleiz
ein

Klubtreffen
der Mitglieder des Klubs der kleinen Leute
statt.

Interessenten melden sich
bis zum 27. 7. 1992 bei

Monika Schreiber
O-9081 Chemnitz
Am Bahrenbach 83
Telefon: 3 16 67 (EWA)

Der Unkostenbeitrag liegt bei 60.- DM

Ein Sonnenschirm für den Rollstuhl

Die Firma Harald Jacob hat den Sonnenschirm für den Rollstuhl auf den Markt gebracht. Der Sonnenschirm ist einfach anzubringen, variabel seitenverstellbar und der Stoffüberzug waschbar.
Erhältlich ist er in Sanitätsfachgeschäften sowie in Geschäften für orthopädisches Zubehör.
Unverbindliche Preisempfehlung:
DM 115.-
Nähere Anfragen bitte an:

Harald Jacob GmbH
Hilfs- und Pflegeprodukte
Presseabteilung
Röderseestr. 3
W - 6450 Hanau
Tel.: 06181-32992
Fax: 06181-31430

Eintritt durchTreppen verwehrt

Als Schwerbehinderter im Rollstuhl wollte ich zur Berliner Wahl der Bezirksverordnetenversammlung zu meinem Wahllokal in die Möricke-Grundschule, Berlin 44, gehen. Zu meinem Bedauern war mir der Eintritt durch Treppen verwehrt. Auf meine Bitte um Hilfe hin wurde ich aufgefordert, doch ins Rathaus wählen zu gehen. Nachdem ich heftig protestiert hatte mit der Begründung, daß doch Helfer für ältere und behinderte Menschen da sein müssen, kamen zwei Ordnungshüter und halfen mir.
Wenn man schon Schwierigkeiten hat, ein Wahllokal zu betreten, wie soll man dann noch an die Versprechen der Parteien glauben, sie würden alles dafür tun, daß Behinderte ein normales Leben führen können.

Hans Wolff
Mitglied der „Cocas"

Richtigstellung

Wir, der Vorstand des „Vereins Kleinwüchsiger Menschen" e.V. , Land Brandenburg/Berlin sind, obwohl nicht im ABiD organisiert, regelmäßige Leser Ihrer Zeitschrift.
Wir möchten zu dem im Artikel „Was erwarten Sie vom Verbandstag?" (STÜTZE 12/92) geäußerten Hoffnungen und Wünschen der Monika Schreiber (Club kleiner Leute) Stellung nehmen. Diese Erklärung entspricht nämlich nicht den Tatsachen.
Unser Verein hat sich am 16.11.1991 aus mehreren Mitgliedern und Interessenten des Clubs kleiner Leute gegründet. Grund für diese Abspaltung war allein das diktatorische Auftreten der Vorsitzenden. Vorschläge anderer Mitglieder wurden nicht akzeptiert. Dadurch entstanden große Differenzen zwischen den Mitgliedern und der Vorsitzenden. Leider hat Monika Schreiber ihr Fehlverhalten noch nicht erkannt, sonst würde sie die Verantwortung übernehmen und von ihrer Funktion zurücktreten. Dieses muß aber im Club kleiner Leute selbst diskutiert werde.
Vorstand des VKM
Brandenburg/Berlin

Empfang beim Ministerpräsidenten

Am 1. Juni lud der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Münch, Vertreter der Behindertenverbände und -einrichtungen sowie in der Behindertenarbeit Aktive zu einem Empfang in der Medizinischen Akademie Magdeburg ein.
In seiner Begrüßung wies der Ministerpräsident besonders darauf hin, daß Behinderte keine Randgruppe der Gesellschaft seien und er sie als gleichberechtigte Mitbürger achtet. Er erwähnte, daß durch neue Gesetze Schwierigkeiten zu bewältigen sind und nannte die 150.000 Anträge bei Versorgungsämtern als besonderes Problem. Gleichzeitig verwies er darauf, daß 100 Mio. DM im Landeshaushalt für Behinderte geplant sind und Behörden behindertengerecht umgebaut werden müssen.
Weiterhin ermutigte er die Anwesenden, bei Sozial- und Versorgungsämtern „auf ihr Recht zu pochen!". Er bat darum, Verstöße gegen geltende Rechtsvorschriften der Landes-

regierung zu melden.
Im Anschluß daran betonte der selbst behinderte Landtagspräsident Dr. Keitel, daß es auch wichtig sei, die Sozialgesetzgebung über den Landtag mit zu gestalten. Seine erste Aktion als Landtagspräsident war der Bau einer Rampe am Landtagsgebäude. Auch machte er deutlich, daß Behinderte keine Bittsteller sind, sondern ihre Rechte wahrnehmen müssen.
Dr. Kießig vom Polio-Verband sprach zur Notwendigkeit eines Antidiskriminierungsgesetzes. Dann wiederholte er die Forderung nach einem Behindertenbeauftragten der Landesregierung. Der Ministerpräsident brachte sein Verständnis für diese Forderung zum Ausdruck und versprach, in der am nächsten Tag stattfindenden Kabinettssitzung diesen Vorschlag einzubringen.
Damit war wohl das wichtigste Anliegen ins Rollen gekommen.

Guntram Hoffmann
Weißenfels

Anzeigenannahme für
DIE STÜTZE

Dr. Rudolf Turber
Oberspreestr. 61 b
O-1190 Berlin
Konto der Anzeigenverwaltung:
Berliner Sparkasse BLZ 100 50 000,
Kto-Nr. 1513010669

Anzeigenpreis:
Private Kleinanzeigen (einspaltig)

je Zeile	DM 3,-
1 Seite	DM 500,-
1/2 Seite	DM 270,-
1/4 Seite	DM 150,-

Anzeige

Rollstuhlfahrer sucht ZDL für ISB in Karlsruhe, Führerschein erforderlich, Unterkunft vorhanden, beliebte Stelle bei ZDLs. Näheres bei
Heinz Seitz, Winterstraße 1,
W-7500 Karlsruhe,
Telefon 0721/30078 oder 8406308.

DAS VORLETZTE WORT

Es gehen viele geduldige Schafe in einen Stall.

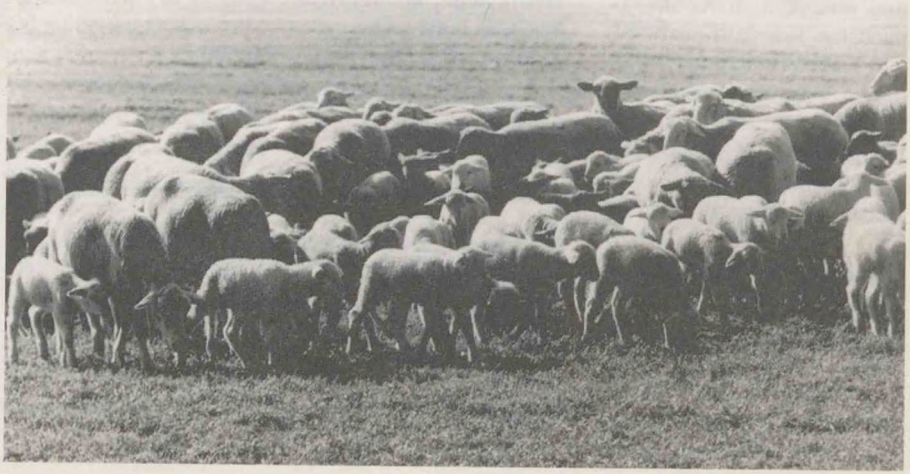
Volksweisheit

Zeitungsdrucksache / Postvertriebsstück 2A 11336 D

UVA, PF 106, 0-1040 Berlin Gebühr bezahlt 1
Rolf Barthel
Franz-Jacob-Straße 14
0-1156 Berlin

21

Das letzte Wort

Das Schaf, das sich absondert, frißt der Wolf!

Russisches Sprichwort